

Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 70 bis 75:

Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. Wir wollen auch sicherstellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiert für die Schaffung eines dritten Personenstandes, der die gesellschaftlichen und identitären Realitäten, die seit langem gelebt werden, abbildet. Der Zugang dazu soll einzig auf individueller Selbstbestimmung und Selbstdefinition beruhen und allen Menschen hürdenlos zugänglich sein, die sich entsprechend identifizieren. Dabei ist für uns klar: Trans* Menschen sind nicht psychisch krank und dürfen nicht pathologisiert und dadurch stigmatisiert werden. Wir setzen uns auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass individuellen Geschlechtsidentitäten nicht mehr als psychische Störungen klassifiziert werden. Die Gesundheitsversorgung für transidente und intergeschlechtliche Menschen muss gesichert und verbessert werden.

Besondere Sensibilität braucht der Umgang mit transidenten Kinder und Jugendlichen. Wichtigste Leitschnur muss die individuelle Geschlechtsidentität der Kinder und Jugendlichen sein. Allen staatlichen Akteur*innen wollen wir passende Fortbildungen anbieten.

Transidente Menschen sind in besonders hoher Zahl von Arbeitslosigkeit betroffen. Wir wollen deshalb eine besondere konkrete Unterstützung arbeitsloser transidenter Menschen auf den Weg bringen.

~~Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. Wir wollen auch sicherstellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden.~~ Mit einem bundesweiten Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie wollen wir Forschung, Prävention, Aus- und